

# Privatisierung oder Wiedergewinnung? Perspektiven auf Gemeingüter, Allmende, Commons in Geschichte und Gegenwart

Wilfried Korngiebel

## A. Erster Teil

### I. Einstieg

Das Thema „Commons“ oder „Gemeingüter“, bzw. mit einem älteren Ausdruck: „Allmende“, ist ungeheuer komplex und vielfältig, sodass es geradezu vermessen wäre, es auch nur einigermaßen erschöpfend abhandeln zu wollen. Ich werde mich daher auf einige historische und systematische Aspekte beschränken müssen. Im ersten Teil will ich einige historische Linien und Brüche aufzeigen, im zweiten Teil werde ich auf aktuelle Beispiele eingehen, die sich um die Frage „Privatisierung oder Wiedergewinnung“ drehen.

Ich versuche es mit einem unorthodoxen Einstieg. „A desalambrar, a desalambrar“ heißt es in dem gleichnamigen, 1966 entstandenen Lied des uruguayischen Liedermachers Daniel Viglietti, in dem davon die Rede ist, dass das Land nicht dem heimischen Großgrundbesitzer oder dem ausländischen Investor gehöre, sondern denen, die es für ihren Lebensunterhalt benötigen und bebauen:

Reißt die Zäune nieder! Reißt die Zäune nieder!

Uns gehört das Land,

Dir und ihm.

Es gehört Pedro, Maria, Juan und José.<sup>1</sup>

### II. Rousseau

Damit ist schon ein wesentliches und typisches Merkmal des bisherigen Schicksals der Commons benannt: die große Einhegung oder Enclosure. Eine Beschreibung dieses Prozesses finden wir bereits bei dem französischen Aufklärer Jean-Jacques Rousseau in seiner „Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen“ von 1754. (Discours sur l'origine de l'inégalité parmi les hommes, 1755 in Amsterdam erschienen, 1756 bereits von Lessings Freund Moses Mendelssohn ins Deutsche übersetzt und in Berlin im Verlag von Christian Friedrich Voß veröffentlicht.) Rousseau sieht die Wurzeln der Ungleichheit in der Arbeitsteilung und wechselseitigen Abhängigkeiten von Menschen in der Gesellschaft. Einen wesentlichen Faktor in dieser Entwicklung stellt die – oftmals auch gewaltförmige – Landnahme dar:

„Der erste, welcher ein Stück Landes umzäunte, sich in den Sinn kommen ließ zu sagen: *dieses ist mein*, und einfältige Leute antraf, die es ihm glaubten, der war der wahre Stifter der bürgerlichen Gesellschaft. Wieviel Laster, wie viel Krieg, wie viel Mord, Elend und Greuel hätte einer nicht verhüten können, der die Pfähle ausgerissen, den Graben verschüttet und seinen Mitmenschen zugerufen hätte:

---

<sup>1</sup> Übersetzung in: L76. Demokratie und Sozialismus. Politische und literarische Beiträge, hg. von Heinrich Böll, Günter Grass und Carola Stern (Köln: EVA), Heft 1 (1976), S. 68, Erläuterungen S. 67f. – Das Lied findet sich auf einem mehrfach erschienenen Album von Daniel Viglietti: Uruguay (A desalambrar! Tear down the fences!), Paredon Records 1973, Chant du Monde/Pläne 1975 und Smithsonian Folkways Recordings 2006.

„Glaubt diesem Betrüger nicht; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte euch allen, der Boden aber niemandem gehört.“ Allein, allem Anschein nach muss es damals schon so weit gekommen sein, dass es nicht mehr auf dem alten Fuße hat bleiben können.“<sup>2</sup>

Rousseaus fast zeitgleich mit der obigen Schrift entstandener Enzyklopädie-Artikel über „Politische Ökonomie“ (Discours sur l'économie politique, 1754/55, Nov. 1755 erschienen) entwickelt weitere Aspekte dieser Problematik: Mit der Entwicklung des Eigentums an Grund und Boden, an Geld und Manufakturen öffnet sich die historische Schere zwischen Arm und Reich immer weiter, bis hin zur Karikatur eines „Sozialvertrages“, bei dem der Reiche und Mächtige die Position hat zu sagen: „Ihr seid auf mich angewiesen, denn ich bin reich und ihr seid arm. Schließen wir also ein Abkommen miteinander: Ich werde euch die Ehre gewähren, mir zu dienen unter der Bedingung, dass ihr mir das wenige gebt, was euch bleibt, für die Mühe, die ich auf mich nehme, euch zu befehlen.“<sup>3</sup>

Rousseaus Lösungsansatz besteht in einer juristischen Konstruktion: in einem wirklichen Gesellschaftsvertrag, einer allgemeinen (idealerweise republikanischen) Verfassung also, über die gleichsam Redistributionen ermöglicht werden, welche die einmal entstandenen gesellschaftlichen Unterschiede ausgleichen. So hält Rousseau an der Notwendigkeit von Gemeingütern fest, die von der Regierung verwaltet werden sollen.<sup>4</sup> Die Regierung soll allen Mitgliedern der Gesellschaft die Mittel entziehen, mit denen man Reichtum anhäufen kann, und ihre Bürger vor Verarmung schützen.<sup>5</sup> Ein wichtiges Instrument hierzu sollen progressive Besitz- und Luxussteuern sein.<sup>6</sup> Zur Verminderung der Ungleichheit ist aber auch einer Machtkonzentration gegenzusteuern: Deshalb müssen besonders die stehenden Heere als gefährliche Gewaltpotenzen nach Innen wie Außen durch (Verteidigungs-)Milizen aus freien Bürgern ersetzt werden.<sup>7</sup> Eine Forderung, die nach Rousseau vor allem auch Immanuel Kant erhoben hat.<sup>8</sup>

Rousseau begründet seine Position bezüglich ‚Ungleichheit vs. Gerechtigkeit‘ in letzter Instanz naturrechtlich:

„Es widerstreitet offenbar dem Gesetze der Natur, man mag es erklären, wie man will, dass ein Kind einem Alten befiehlt, der Weise unter der Führung eines Blödsinnigen steht und eine Handvoll Menschen in Überfluss erstickt, während eine ausgehungerte Menge des Notwendigen entbehrt.“<sup>9</sup>

Besonders letztere Aussage mutet uns sicherlich nicht ganz unaktuell an.

### III. Commons, historisch betrachtet

Es ist nun an der Zeit, an Gemeingüter oder Commons in unterschiedlichen Kulturen und Zeiten, u. a. auch in unserer Region, zu erinnern, um die Darstellung für uns etwas konkreter fassbar zu machen. Im Hinblick auf Frühgeschichte und Antike lässt

<sup>2</sup> Jean-Jacques Rousseau: Schriften, hg. von Henning Ritter, 2 Bde., Frankfurt a. M./Berlin/Wien: Ullstein, 1981, Bd. 1, S. 230.

<sup>3</sup> Jean-Jacques Rousseau: Politische Ökonomie, hg. von Hans-Peter Schneider und Brigitte Schneider-Pachaly (zweisprachige Ausgabe), Frankfurt a. M.: Klostermann, 1977, S. 99.

<sup>4</sup> Vgl. Politische Ökonomie, a. a. O., S. 78ff u. S. 85.

<sup>5</sup> Vgl. Politische Ökonomie, a. a. O., S. 65.

<sup>6</sup> Vgl. Politische Ökonomie, a. a. O., S. 99 u. S. 105ff.

<sup>7</sup> Vgl. Politische Ökonomie, a. a. O., S.89ff. – Nach dem Modell griechischer und römischer Republiken gedacht.

<sup>8</sup> In der Schrift „Zum ewigen Frieden“ von 1795.

<sup>9</sup> Ursprung der Ungleichheit, a. a. O., S. 265.

sich festhalten, dass es bei keltischen, germanischen, romanischen, slawischen und anderen Völkern überall Dorf- bzw. Gemeindeeigentum an Grund und Boden, Nutzung von Wald, Wasser, Wind etc. gegeben hat. Solcherart gemeinsames Eigentum hieß englisch *commons*, lateinisch *fundus communis*, altdeutsch *allmende*, spanisch *ejido*, russisch *mir* oder *obschtschina* – in letzterem Fall bedeutete das sogar mehr oder weniger eine dörfliche Produktionsgemeinschaft. Im Mittelalter blieben Allmenden auch unter feudalen Verhältnissen, neben dem privaten Eigentum (Allod) des Grund- oder Landesherrn und den verliehenen Besitztiteln an Land und Gut (Lehen), noch in der Form von Äckern, Wiesen, Waldungen, Fischgewässern, Teichen, Weideplätzen etc. bestehen.

Einige Beispiele aus der Gegend zwischen Rhein und Ruhr: In Bochum erinnert im Stadtteil Langendreer ein Sträßchen mit dem Namen „Zur Allmende“ noch heute an die einstige Gemeindefriede. In Gevelsberg wurde der Eichen- und Buchenwald Klostermark vom Mittelalter bis etwa ins 18. Jahrhundert anteilmäßig von den umliegenden Höfen zur gemeinschaftlichen Schweinemast genutzt. In Langenberg (heute Teil der Stadt Velbert) gab es im Deilbachtal ein recht großes Weidegebiet, das Allmende war und auf dem auch der jährliche Pferdemarkt stattfand.

Interessanterweise gelang es den Langenbergern noch im 17./18. Jahrhundert, durch juristische Eingaben an den Landesherrn ihr uraltes Gemeindegut gegen die Ansprüche des örtlichen Pastorats zu verteidigen, das dieses wertvolle Grundstück gern in Kirchenbesitz gebracht hätte. Freilich zeigen die regionalen Beispiele auch eine gewisse soziale „Erosion“ der einstigen Allmende. Die Allmendeflächen waren in der Neuzeit schon weniger geworden und wurden teilweise übernutzt. In Herbede etwa (heute Stadtteil von Witten) ist für das 17. Jahrhundert auch schon eine gewisse Hierarchisierung unter den Anteilseignern im Markenverband feststellbar, denn bei Regelungen über die Nutzung des Gemeindelands waren die zwölf größten Höfe dominant durch ihr jeweils doppeltes Stimmrecht.

Zurück zu Rousseau: Möglicherweise fallen solche späteren Merkmale auch unter die Verfallsformen des ‚Alten‘, auf die Rousseau in seiner großen Abhandlung anzuspielen scheint. Rousseau skizziert idealtypisch eine hypothetische Abfolge von Faktoren, die zur Einrichtung gesellschaftlicher Ungleichheit führten. Er macht diese Schritte allerdings historisch nie genau dingfest. Die von ihm geschilderte Szene der Landnahme kann sowohl auf antike Reiche wie auf feudale Willkür als auch auf die Neuzeit bezogen werden. Sicher ist jedoch, dass solcherart Einhegungen gerade zu Rousseaus Lebenszeit, die wirtschaftlich gesehen in die Manufakturperiode fällt, in ungeheurem Ausmaße stattfanden. Damit thematisiert Rousseau u. a. auch gewaltförmige Vorgänge, die zu seiner Zeit gegenwärtig waren und gemeinhin unter dem Begriff „ursprüngliche Akkumulation“ zusammengefasst wurden.

#### **IV. Marx; Foucault**

Diesen über mehrere Jahrhunderte sich erstreckenden Prozess hat Karl Marx in seinen ökonomiekritischen Analysen unter dem Titel „Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ ausführlich beschrieben.<sup>10</sup> Es handelt sich dabei um ein über lange Zeit vergleichsweise wenig beachtetes Kapitel, das erst in der jüngsten globalisierungskritischen Debatte auf Interesse gestoßen ist und an Brisanz gewonnen hat.

---

<sup>10</sup> Das 24. Kapitel in „Das Kapital. Erster Band“: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Berlin (DDR): Dietz, 1956ff (= MEW), Bd. 23, S. 741-791.

Marx hat den Begriff „previous accumulation“ von Adam Smith<sup>11</sup> übernommen, doch er spricht über die „sogenannte ursprüngliche Akkumulation“, denn es geht nicht um die Anhäufung von Reichtum durch menschlichen Fleiß, sondern um die Verwandlung von Reichtum in Kapital. Das Entscheidende in diesem größtenteils gewaltförmigen Prozess, der ungefähr im späten 15. Jahrhundert einsetzte und sich bis zum Ende des 18. Jahrhunderts erstreckte, ist jedoch die Trennung der auf dem Lande lebenden und arbeitenden Menschen von ihren Subsistenzmitteln, d. h. Abschaffung ihrer noch selbsttätigen Verfügung über ihre Lebensbedingungen. Marx hat dazu in der Londoner Bibliothek eine Unzahl von Quellen ausgewertet: ökonomische und philosophische Schriften, geschichtliche Darstellungen, Gesetzestexte, Berichte von Pfarreien, Chroniken etc. Das, was sich aus all diesen Quellen analysieren ließ, darf auch als eine ‚Kriminalgeschichte des Kapitals‘ gelesen werden.

In der frühen Neuzeit lösten sich feudale Gefolgschaften, d. h. Lehensverhältnisse, allmählich mehr und mehr auf. In den alten Verhältnissen hatte es noch viele freie Bauern gegeben, auch viele kleine Pächter und Unfreie, die – unter feudalen Rechtstiteln verborgen – de facto über ein gewisses Grundeigentum zu ihrer Existenzsicherung verfügten; außerdem existierte überall das soeben angesprochene Gemeindeland zur kollektiven oder anteiligen Nutzung. Nun fand ein Wechsel der Eigentumsformen statt: mächtige Adelige, große Pächter und reiche Kaufleute nutzten den Zerfall der alten Ordnung zu einer umfassenden Landnahme, die etwa in England, Frankreich und Deutschland jeweils recht unterschiedliche Verlaufsformen annahm. Privatbesitz an Grund und Boden, Allmende, aber (im Zuge der Reformation) auch Kirchengüter und selbst Kron- und Staatsgüter (samt ihren feudalen Garantien für die Untertanen), wurden in aller Regel von wenigen Mächtigen zunächst gegen alle Gesetze widerrechtlich angeeignet und eingezogen, später, besonders seit dem 18. Jahrhundert, ganz legal durch eigens dafür geschaffene Gesetze. Z. B. die „Bills for Inclosures of Commons“ in England unter Wilhelm III. von Oranien zur Zeit der Glorious Revolution von 1688. In England geschah der Landraub im 15. und 16. Jahrhundert vor allem, um die Ackerflächen in Schaftriften umzuwandeln, da mit dem Aufkommen der großen Wollmanufakturen sich in den westeuropäischen Ländern ein Wollmarkt entwickelt hatte (besonders in Flandern), der den Investoren hohe Geldgewinne versprach. So entstanden frühkapitalistische Großgrundbesitzer und erste Finanzmärkte sowie in der Folge auch eine Kapitalkonzentration. Das Verhältnis von Ackerland zu Viehweide veränderte sich von 2-4:1 im 14. Jahrhundert zu 1:3 im 18. Jahrhundert, kehrte sich somit genau ins Gegenteil.<sup>12</sup> In den schottischen Highlands wurden im Zuge dieser Landnahmen riesige Waldflächen abgeholzt und ebenfalls zu Viehweiden (und kommerziellen Jagdgebieten) gemacht („Clearing of Estates“ in Schottland und Irland während des 18. und 19. Jahrhunderts).<sup>13</sup>

Es ist heute kaum mehr vorstellbar, dass in Europa, ganz besonders in Königreich England, ganze Landstriche zu großen Teilen entvölkert, die Bewohner von Soldaten gewaltsam vertrieben und viele Dörfer vollkommen zerstört oder niedergebrannt wurden. Den mittellos Gewordenen und Vertriebenen blieb kaum etwas anderes übrig, als sich „vogelfrei“ auf dem entstehenden Arbeitsmarkt zu verdingen. Den

<sup>11</sup> Zur Theorie von Adam Smith vgl. die sehr verständlich geschriebenen Ausführungen bei dem Wissenschaftsjournalisten Peter Zudeick: Tschüss, ihr da oben. Vom baldigen Ende des Kapitalismus. Frankfurt a. M.: Westend, 2009.

<sup>12</sup> Vgl. Marx, MEW 23, S. 756.

<sup>13</sup> Vgl. MEW 23, S. 756ff.

Quellen zufolge wurden in England allein zwischen 1810 und 1831 mehr als dreieinhalb Millionen Acres Gemeindeland durch vom Parlament verabschiedete Gesetze an Großgrundbesitzer übertragen.<sup>14</sup>

Durch die Vernichtung der Subsistenzwirtschaften und die massenhafte Flucht von mittellos gewordenen Landbewohnern in die Städte entstand eine neue Armut, die überall durch Gesetzgebung bekämpft wurde. Die „Bekämpfung“ ist wörtlich zu nehmen, denn die Unterstützung von Armen mittels Steuergeldern war mit Zwangsarbeit verbunden, ansonsten wurde keine Unterstützung gewährt. Seit dem späten 16. Jahrhundert, verstärkt im 17. und 18. Jahrhundert entstanden in England, Frankreich, Deutschland, Italien und anderen Ländern Gefängnisse oder Internierungshäuser für Arme, in die sie sich zwecks Arbeit einsperren lassen mussten.<sup>15</sup> Die Einrichtung dieser „houses of correction“ oder „workhouses“ bzw. des „Hôpital général“ als staatliche Ordnungsinstanz ist auch von Michel Foucault – unter dem Stichwort „die große Gefangenschaft“ – untersucht worden.<sup>16</sup> Diese zunächst staatlichen Einrichtungen in den Grafschaften wurden in England bald nach 1775 sogar als Privatunternehmungen ohne offizielle Erlaubnis generell ermöglicht.<sup>17</sup> Dem korrespondierte eine Blutgesetzgebung gegen Vagabunden und Bettler – in England bestand sie schon sehr früh und wurde seit 1530 unter Heinrich VIII. ausgeformt. Schandkarren, Auspeitschung und Einsperrung sowie Verbannung an den ursprünglichen Wohnort bildeten die Strafen für auf der Straße angetroffene arbeitsfähige erwachsene Arbeits- und Wohnungslose, im Wiederholungsfalle oder bei Arbeitsflucht sogar Brandmarkung und Versklavung, beim dritten Male schließlich Hinrichtung. Versklavung von verarmten Kindern, Auswanderungsverbote für Landlose und andere Maßnahmen ergänzten die Bekämpfung von Armut und Vagabundismus. In Holland und Frankreich wurden zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert Gesetze erlassen, die erwachsene Menschen, welche ohne Wohnsitz, Beruf und Geld aufgegriffen worden waren, zur Zwangsarbeit auf die Galeeren schickten.<sup>18</sup>

Foucaults Untersuchungen gelten einem anderen thematischen Schwerpunkt<sup>19</sup>, doch seine Resultate sind in vielen Punkten analog zu denen von Marx. So schreibt er im Hinblick auf Frankreich:

„Kommen wir zu den ersten Augenblicken der ‚Gefangenschaft‘ und zu jenem königlichen Edikt vom 27. April 1656 zurück, das zur Schaffung des Hôpital général führte. Von Anfang an war dem Hospital die Aufgabe gestellt, ‚Bettelei und Müßiggang als Quellen jeglicher Unordnung‘ zu verhindern. Tatsächlich war dies die letzte große Maßnahme seit der Renaissance, um der Arbeitslosigkeit oder zumindest der Bettelei ein Ende zu bereiten. Das Parlament von Paris hatte 1532 beschlossen, die Bettler festnehmen zu lassen und sie zur Arbeit in den Kloaken von Paris zu zwingen, wobei man sie zu zweit ankettete.“<sup>20</sup>

---

<sup>14</sup> Vgl. MEW 23, S. 756. – Ein Acre umfasst ca. 4047 Quadratmeter. – Im deutschsprachigen Raum hat sich der Ausdruck „Bauernlegen“ für die oben beschriebene Expropriation der Landbevölkerung erhalten.

<sup>15</sup> Vgl. MEW 23, S. 749f.

<sup>16</sup> Vgl. Michel Foucault: Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp stw, 4. Auflage 1981, 68-98; s. besonders S. 73ff.

<sup>17</sup> Vgl. Foucault, a. a. O., S. 77f.

<sup>18</sup> Vgl. Marx, MEW 23, S. 762ff; vgl. auch Foucault, a. a. O., S. 79ff und S. 81ff.

<sup>19</sup> Nämlich die historische Konstituierung und Ausdifferenzierung des gesellschaftlichen Gegenstandes „Wahnsinn“.

<sup>20</sup> Foucault, a. a. O., S. 81.

Ergänzend ist mit Marx zu erwähnen, dass für arbeitende Menschen ‚Koalitionsverbote‘ galten, d. h. gewerkschaftsähnliche Selbstorganisation und Absprachen zwecks Lohnforderungen blieben bis in das 19. Jahrhundert hinein bei schweren Strafen verboten.<sup>21</sup> Indem Pauperismus als Verbrechen behandelt wurde, vollzog sich nach und nach eine gewaltsame Disziplinierung der mittellos gewordenen Landbevölkerung zur Arbeit in den städtischen Manufakturen und später in der großen Industrie. Diese Einfügung von lebendigen Körpern in industrielle Raum- und Zeitmatrizes erfährt erst im Taylorismus der Fließbandfabrik des 20. Jahrhunderts und in der Flexibilisierung und Rufbereitschaft der Arbeitskraft rund um die Uhr im mikroelektronisch gestützten 21. Jahrhundert ihre (vielleicht nur vorläufige?) Vollendung.

## **B. Zweiter Teil**

### **V. Globalisierungskritik: Anschlüsse bei Holloway und Altvater**

Marx selbst hatte bereits die Kolonisierung der Welt und die Herausbildung eines Weltmarktes seit der frühen Neuzeit als einen sehr wesentlichen Faktor der sog. „ursprünglichen Akkumulation“ herausgearbeitet und sarkastisch kommentiert: „Die Entdeckung der Gold- und Silberminen in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingebornen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation.“<sup>22</sup>

Schon Marx hatte übrigens die Commons als ein frühe soziale Einrichtung gewürdigt<sup>23</sup> und in Bezug auf Russland ihr Hineinnehmen in eine neue solidarische Gesellschaft für möglich gehalten – eine Überlegung, die sowohl die sozialdemokratische Entwicklungslehre als auch die leninistische Revolutionslehre, die beide kategorisch auf das Modell disziplinierender Industrialisierung setzten, geflissentlich übersehen haben. Marx jedenfalls äußerte 1881 gegenüber der russischen Sozialrevolutionärin Vera Sassulitsch, dass er es für möglich halte, dass die „Dorfgemeinde der Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Russlands“ werden könne: „damit sie aber in diesem Sinne wirken kann, müsste man zuerst die zerstörenden Einflüsse, die von allen Seiten auf sie einstürmen, beseitigen und ihr sodann die normalen Bedingungen einer natürlichen Entwicklung sichern.“<sup>24</sup> Besonders an solche Momente der Marxschen Theoriebildung schließen neuere globalisierungskritische Debatten an. Häufig werden hierbei Positionen zur

---

<sup>21</sup> Vgl. MEW 23, S. 766ff.

<sup>22</sup> MEW 23, S. 779.

<sup>23</sup> Vgl. MEW 23, S. 752f.

<sup>24</sup> Brief an Vera Sassulitsch vom 8. März 1881, MEW 19, S. 242-243; hier S. 243. Vgl. auch die weitergehenden Überlegungen Marx' in den Entwürfen zu diesem Brief, MEW 19, S. 384-408. – Interessant ist bereits der Einsatz des jungen Marx für Allmende. Im Oktober 1842 suchte er das altangestammte Recht der armen Bevölkerung, loses Holz in den Waldungen zu sammeln, publizistisch zu verteidigen, als dieses in der preußischen Rheinprovinz plötzlich als ein Verbrechen bestraft werden sollte. Vgl. dazu: Karl Marx: Debatten über das Holzdiebstahls-gesetz, MEW 1, S. 109-147.

Verteidigung bzw. Wiedergewinnung von Commons gegen weltweite neoliberale Privatisierungsstrategien<sup>25</sup> artikuliert.

So beschreibt John Holloway die „ursprüngliche Akkumulation“ als einen fortdauernden, sich ständig wiederholenden, konstitutiven Prozess im Kapitalismus, der die Menschen von ihren Arbeits- und Produktionsmitteln trenne.<sup>26</sup> „Ursprüngliche Akkumulation“ findet laut Holloway nicht nur an den ‚Rändern‘ des Kapitalismus statt, sondern überall; er will keine begriffliche Unterscheidung von ‚normaler‘ und ‚ursprünglicher‘ Akkumulation des Kapitals vornehmen. Dies aber ist m. E. freilich theoretisch eben notwendig, um zwischen der Reproduktion der erreichten Stufe der kapitalistischen Verhältnisse und neu stattfindenden ökonomischen Einhegungen unterscheiden zu können. Holloway nennt als von der Einhegung bedrohte Allmenden der Jetztzeit: Land, Wasser, Atmosphäre und andere Ökosysteme, Gene, soziale Errungenschaften wie Gesundheit, Bildung etc., Kultur, aber auch Kommunikationsmittel (Medien, Internet).<sup>27</sup> Er betont auch stark den ökologischen Aspekt, dass „ursprüngliche Akkumulation“ die Natur zu einem bloßen Objekt der Verwertung mache.<sup>28</sup> Im Hinblick auf die Länder der sog. ‚Dritten Welt‘ und auf indigene Völker insbesondere stellt Holloway eine brutale kapitalistische Expansion fest: „Die Einhegung von Land ist alles andere als nur eine geschichtliche Episode, im weltgeschichtlichen Maßstab war die Vertreibung von Kleinbauern vom Land noch nie so gewaltig wie heute.“<sup>29</sup> Erfolgreich verteidigte Allmenden hingegen könnten nach Holloway „Urzellen“ einer neuen Gesellschaft bilden – wenn sie mehr darstellen als bloßes Staatseigentum, vielmehr demokratisch selbstverwaltet werden.<sup>30</sup>

Auch Elmar Altvater konstatiert eine gewaltsame Expansion und Akkumulation des Kapitals, und zwar zugleich territorial nach ‚Außen‘ wie auch nach ‚Innen‘ in den Reproduktionsbereich: die „Kolonisierung der Lebenswelten“.<sup>31</sup> Die Methoden der „ursprünglichen Akkumulation“ dauern Altvaters Untersuchungen zufolge bis in die Gegenwart an, allerdings mit einer relativen Verschiebung des Gewichts: Die Einhegung umfasst Meere, Polargebiete, Gletschergebirge, Regenwälder, das Weltall und die Gene, doch ebenso soziale Allmenden wie Gesundheitsversorgung und Bildung. Die Vernichtung von nicht verwertbarer Natur wird bei diesen privaten Aneignungsprozessen als Selbstverständlichkeit in Kauf genommen.<sup>32</sup>

Altvater unterscheidet grundsätzlich vier Formen kapitalistischer Aneignung, die nicht unbedingt zeitlich aufeinanderfolgen, jedoch systematisch auseinander hervorgehen<sup>33</sup>:

---

<sup>25</sup> Wie sich die neoliberale Privatisierung in der Bundesrepublik auswirkt, beschreibt die Untersuchung von Werner Rügemer: *Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 4. erweiterte und aktualisierte Auflage, 2008.

<sup>26</sup> Vgl. John Holloway: *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 4. Auflage 2010, S. 164f; sowie derselbe: *Kapitalismus aufbrechen*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2010, S. 151f und S. 165ff.

<sup>27</sup> Vgl. Holloway, *Kapitalismus aufbrechen*, a. a. O., S. 34ff und S. 166.

<sup>28</sup> Vgl. *Kapitalismus aufbrechen*, a. a. O., S. 125ff. – Im Anschluss an Marx' qualitative Naturauffassung entwickelt.

<sup>29</sup> Vgl. *Kapitalismus aufbrechen*, a. a. O., S. 128.

<sup>30</sup> Vgl. *Kapitalismus aufbrechen*, a. a. O., S. 35.

<sup>31</sup> Vgl. Elmar Altvater: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 3. Auflage 2006, S. 22ff und S. 52ff.

<sup>32</sup> Vgl. Altvater, *Ende des Kapitalismus*, a. a. O., S. 52ff.

<sup>33</sup> Vgl. im Folgenden Altvater, a. a. O., S. 49-71.

1. Die erste Form ist die Inwertsetzung von Natur und ihre Zerlegung in Eigentumstitel zwecks Kapitalkalkulation und –spekulation.
2. Die zweite Form bezieht sich direkt auf die Verwertung menschlicher Arbeit und trägt die Bezeichnung: absolute Mehrwertproduktion. Die kapitalistische Produktionsweise ist nach Marx durch eine spezifische private Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts gekennzeichnet: Der Wert des Arbeitslohns ist geringer als der Wert der während des Arbeitstags geschaffenen Produkte, der Arbeitstag zerfällt analytisch gesehen in einen bezahlten und in einen unbezahlten Teil der verrichteten Stunden. Die Steigerung des Mehrwerts wird erreicht durch Verlängerung der Arbeitszeit, Intensivierung der Arbeit oder Lohnsenkung (alles aktuelle Formen, siehe z. B. Opel Bochum), die Form der Arbeit hingegen kann (besonders in Entwicklungsländern, wie z. B. häusliche Kinderarbeit) auch vorkapitalistisch oder traditionell sein: das ist absolute Mehrwertproduktion.
3. Die dritte Form ist die relative Mehrwertproduktion: die Arbeitsform wird ‚typisch‘ kapitalistisch, indem die arbeitenden Menschen der ‚Fabrikdisziplin‘ unterworfen sind, der Arbeitsablauf wissenschaftlich organisiert und durch den Einsatz von effizienter Technik beschleunigt wird. Die Mehrwertsteigerung erfolgt durch erhöhte maschinelle Produktivität, ohne dass der Arbeitstag verkürzt wird oder die Löhne entsprechend steigen: der unbezahlte Teil des Arbeitstages wächst also relativ zum bezahlten Teil. Der entwickelte Kapitalismus zeichnet sich durch die Kombination beider Formen der Mehrwertproduktion aus.<sup>34</sup>
4. Die vierte Form wird als imperiale Geopolitik beschrieben: das Zusammenspiel von globalen Finanzmärkten mit hohen Renditeerwartungen, von Enteignungen öffentlicher Güter und Privatisierungen von Staatsaufgaben, von neuen gewaltförmigen ‚territorialen‘ Enclosures entsprechend den Methoden der „ursprünglichen Akkumulation“, insbesondere zur Aneignung von industriellen Rohstoffen und Energiequellen, sowie der Durchsetzung eines globalen politisch-ökonomischen Regelwerks durch ein dafür eingerichtetes Militär.

Ein Fazit von Altwater: „Die private Inwertsetzung von öffentlichen Gütern begleitet die gesamte Geschichte des Kapitalismus. Sie ist möglicherweise ein wichtiger Grund, warum der Kapitalismus noch existiert.“<sup>35</sup> Doch ebenso wie Holloway skizziert auch Altwater verschiedenste Widerstände und Assoziationen von indigenen Völkern in Entwicklungsländern und von Menschen in den reichen Metropolen.

## **VI. Commons, systematisch betrachtet (Zusammenfassung)<sup>36</sup>**

Auf Grundlage der gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen artikuliert sich in den wissenschaftlichen und politischen Debatten heutzutage ein Verständnis von Commons oder Allmende, das über die traditionelle Auffassung hinausgeht. Dazu der Versuch einer ersten systematischen Zusammenfassung.

---

<sup>34</sup> Der absoluten Mehrwertproduktion korrespondiert die formelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, der relativen Mehrwertproduktion korrespondiert die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital.

<sup>35</sup> Altwater, a. a. O., S. 61.

<sup>36</sup> Wie so vieles Andere auch konnten die Studien der Ökonomie-Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom (besonders: „Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action“, 1990) zur Funktionsfähigkeit von traditionellen Allmenden, z. B. in der Almbewirtschaftung oder bei Bewässerungssystemen, aus zeit- und arbeitstechnischen Gründen in diesen Vortrag nicht mehr eingearbeitet werden.



Wenn man zwischen „natürlichen“ und „zivilisatorischen“ Commons unterscheiden will, dann kann man bei ersteren nicht mehr nur von Landwirtschaft, Wasser und Rohstoffen etc. sprechen, sondern muss auch den fortschreitenden und drohenden Zugriff der großen Industrie auf die Commons „genetisches Material“ berücksichtigen. Zu den zivilisatorischen Commons wird nicht nur Bildung, Gesundheitsversorgung oder Kultur gerechnet, sondern zunehmend auch die Kommunikationstechnik Internet u. a. Meine aus diesen Überlegungen hervorgehende Systematisierung habe ich in dem Schema Commons zusammengefasst (siehe die beigefügte Graphik).

## VII. Aktuelle Beispiele von Einhegungen und Widerständen

### VII.1. Mapuche-Land

Unter der Pinochet-Diktatur wurde Chile zum Prototyp neoliberaler Wirtschaftspolitik. Seit dieser Zeit drangen große Forstkonzerne in den Süden Chiles ein. Dort lebt das indigene Volk der Mapuche.<sup>37</sup> Die Forstkonzerne eigneten sich große Flächen indigenen Gemeindelandes an, holzten dort artenreiche Araukarienwälder ab und ersetzten sie durch gewinnbringende Eukalyptus- und Kiefernmonokulturen, die den Grundwasserspiegel absinken ließen und Niedrigvegetationen (z. B. auch indianische Heilkräuter) verdrängten. Abholzungen ließen brachliegende Flächen zurück. In neuester Zeit haben zudem Bergbaukonzerne mit der Planung von Eisen- und Magnetitminen begonnen, die in der Nähe des Ortes Tirúa einen naturnahen See und die ganze Umgebung gefährden. Die Landnahmen wirken sich als Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bewohner aus und sind mit einer zwanghaften Modernisierung der traditionellen indigenen Kultur verbunden. Die Mapuche haben seit 1995 begonnen, sich selbst zu organisieren und durch Landbesetzungen und mit juristischen Mitteln zu wehren. Zwar hat es unter der linksbürgerlichen Regierung von Michelle Bachelet Förderprogramme für die Mapuche-Kultur gegeben und ist 2008 ein Gesetz zum „Schutz des Urvölker-Küstenraums“ vom Parlament verabschiedet worden. Doch blieb dieses Gesetz ohne Ausführungsbestimmungen und wurde durch die nachfolgende rechte Regierung de facto ignoriert. Zudem blieb das seinerzeit gegen die gesamte demokratische Opposition gerichtete „Antiterrorgesetz“ von Pinochet bestehen; es wurde von den Regierungen nach Pinochet sogar noch verschärft und vornehmlich auf indianische Aktivisten und Aktivistinnen angewandt.<sup>38</sup> Es traf nicht nur Militante, die sich mit dem Abbrennen von Transport-Lastwagen gegen den Landraub der Forstkonzerne zur Wehr setzten, sondern auch Beteiligte von Protest- und Besetzungsaktionen. Repression und Überwachung bildeten auch während der Bachelet-Regierung keine Ausnahme. Wikileaks deckte dazu ein raffiniertes Terror-Konstrukt des damaligen Innenministeriums auf. Doch der Widerstand der Mapuche kann inzwischen verschiedenste Erfolge vorweisen. Die Inhaftierten erhielten juristischen Beistand durch Menschenrechtsorganisationen, viele von ihnen konnten freigesprochen werden. Seit der Bachelet-Regierung wurden dank juristischer Eingaben und auf politischen Druck etwa 100.000 Hektar indigenes

---

<sup>37</sup> Dieser Unterabschnitt bezieht sich im Folgenden, soweit nicht anders vermerkt, auf den Bericht von Gerhard Dilger: Zwanghafte Modernisierung. Eine Reise durch das Gebiet der Mapuche. In: medico international Rundschreiben (Frankfurt a. M.), 02/2011, S. 14-19.

<sup>38</sup> Vgl. hierzu: Tom Mustrup: Mehr als hundert Jahre Einsamkeit. In: Der Freitag, 10. März 2011, S. 10.

Land an die Mapuche zurückgegeben.<sup>39</sup> Die Mapuche versuchen außerdem eine politisch-publizistische Offensive für ihre Anliegen zu starten.

## VII.2. Atomkraftwerksbau in Südindien

In der Küstenregion Südindiens steht der Bau von Atomkraftwerken auf dem Plan. Diese industrielle Inwertsetzung eines bislang eher unbeachteten Territoriums wird u. a. die Fanggründe der ortsansässigen Fischer und die regionale Trinkwasserversorgung gefährden (d. h. zwei Allmenden). So kam es seit 2006 zu Widerstandsbewegungen.

„Ab dem Jahre 2006 fanden in Tamil Nadu heftige Auseinandersetzungen über die Wassernutzung des über einhundert Jahre alten Stausees Pechiparai Dam statt. Der von Kudankulam ca. 60 Kilometer entfernte See diente als Trinkwasserreservoir und bewässerte die Felder der Bauern. Diese Wasserquelle sollte nach dem Willen der Regierung in Zukunft hauptsächlich der Kühlung der neuen Atomkraftwerke dienen und nicht mehr den Bedürfnissen der örtlichen Bevölkerung. Der Erörterungstermin fand am Schlusspunkt einer langen Auseinandersetzung gleich auf dem Atomkraftwerksgelände statt. Doch noch vor diesem Termin unterzeichnete der indische Ministerpräsident die Verträge für den Bau von vier AKWs in Kudankulam. Die ganze Veranstaltung war eine Farce. [...] Nachdem die AKW-GegnerInnen jahrelang von den Medien kaum beachtet worden sind, hat sich dies nach der Katastrophe in Fukushima deutlich geändert. Als erster Höhepunkt blockierten Tausende AnwohnerInnen und betroffene FischerInnen im Herbst 2011 die Zufahrtsstraßen zur AKW-Baustelle. Ein befristeter Hungerstreik von 10.000 Menschen und ein unbefristeter von 127 Menschen kam hinzu und erhöhte den Druck dramatisch. Die Betreiber mussten für 6 Monate die Inbetriebnahmevorbereitungen für den ersten Reaktorblock unterbrechen. Die seit Jahren verzögerte Inbetriebnahme zog sich ein weiteres Mal hin. Als im März 2012 die Arbeiten wieder aufgenommen wurden, demonstrierten 20.000 Menschen vor dem Reaktorgelände; ein weiterer Hungerstreik folgte. Die Regierung verhängte eine Ausgangssperre und schickte 6.000 Polizisten der Spezialeinheit ‚Rapid Action Force‘ nach Kudankulam und terrorisierte die einheimische Bevölkerung.“ (Artikel von Horst Blume)<sup>40</sup>

Die Repressionsmaßnahmen wiederholten sich in der einen oder anderen Form, aber es folgten vielfältige Widerstandsaktionen aus der Bevölkerung. Der Widerstand bekam internationale Unterstützung von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen. Die Auseinandersetzungen dauern an.

## VII.3. Öl in der Arktis

Die Klimakatastrophe, d. h. die industriell verursachte, fortschreitende globale Erderwärmung, lässt u. a. die Polkappen abschmelzen. Vor dem Hintergrund von Peakoil, der Überschreitung des Höhepunkts der Erdölfördermengen (ob er nun schon geschehen ist oder noch bevorsteht), sucht die Erdölindustrie, wie z. B. Shell, nicht nur verstärkt „unkonventionelles“ Öl zu fördern (Stichwort: „Fracking“), sondern sieht in der Katastrophe sogar die Möglichkeit zur Inwertsetzung von bislang unzugänglichen Ölquellen in den noch staatenlosen Gebieten der Arktis.

<sup>39</sup> Vgl. Tom Mustroph, a. a. O.

<sup>40</sup> Horst Blume: Gewaltfreier Widerstand gegen Atomkraftwerke in Indien. In: Graswurzelrevolution Nr. 373, 41. Jg., 28.11.2012), <http://www.linksnet.de/de/artikel/28196> .

Greenpeace und andere Umweltorganisationen gehen weltweit mit Unterschriftensammlungen und spektakulären Aktionen in die Öffentlichkeit. Greenpeace Deutschland schreibt:

„Die Arktis ist in Gefahr: Durch die globale Erwärmung geht das Meereis von Jahr zu Jahr weiter zurück. Ausgerechnet die Ölindustrie kann davon profitieren, indem sie zuvor unerreichbare Ölfelder erschließen kann. Ein Ölunfall in dieser einzigartigen Region wäre kaum unter Kontrolle zu bringen und hätte katastrophale Folgen für Mensch und Natur.“<sup>41</sup>

Ziel der Umweltaktivitäten ist eine internationale Schutzgebiet Arktis.

#### VII.4. CO2-Handel

In diesem Zusammenhang ist auch der Handel mit den industriellen Treibhausgas-Emissionen zu nennen, der sich von dem vorgeblichen Ziel, diese klimaschädlichen Gase drastisch zu reduzieren, sehr weit entfernt hat:

„Um diese zu reduzieren, werden Zertifikate ausgegeben, die einen bestimmten Ausstoß von CO<sub>2</sub>-Emissionen erlauben. Die Zertifikate gehen in das Eigentum der Emittenden über und können auf ‚Verschmutzungsbörsen‘ gehandelt werden. Die CO<sub>2</sub>-Produzenten sollen so einen Anreiz erhalten, die Emissionen zu senken, weil sie ja dann Zertifikate gegen Geld verkaufen können. Hier zeigt sich, dass Inwertsetzung durch eine *juristische Konstruktion* von Eigentumsrechten ermöglicht wird, die die Verschmutzung der Atmosphäre in ein Recht verwandeln, das dann, wenn es nicht in Anspruch genommen wird, zu Geld gemacht werden kann.“ (Elmar Altvater)<sup>42</sup>

#### VII.5. Genpools

Die EU-Kommission will in diesen Tagen ein Gesetz durchbringen, das den großen Saatgutkonzernen „Genpools“ ermöglicht und Patente garantiert. Das Kampagnen- und Aktionsportal campact hat zusammen mit landwirtschaftlichen und Umweltinitiativen eine Gegenoffensive gestartet, um eine große Auswahl an Obst-, Gemüse- und Getreidesorten zu bewahren. In dieser Kampagne heißt es:

„Die EU-Kommission will Einheits-Saatgut weiter den Weg ebnen. Alte regionale Obst- und Gemüse-Sorten hätten kaum noch eine Chance – ganz im Gegensatz zu Monsanto, Syngenta und Co.“ [...] „Die geplante EU-Saatgutverordnung muss mehr Vielfalt auf unseren Feldern und Tellern ermöglichen, statt sie zu vernichten. Traditionelle und regionale Sorten, aber auch neu entwickelte Sorten, die nicht für den Massenmarkt bestimmt sind, müssen von Zulassungs- oder Zertifizierungspflichten befreit bleiben. [...] Der freie Austausch von Samen und Setzlingen zwischen Bauern, Saatgutinitiativen und Gärtner/innen muss gewährleistet und unterstützt werden.“<sup>43</sup>

#### VII.6. Wasserprivatisierung

---

<sup>41</sup> <http://blog.greenpeace.de/blog/2013/05/02/greenpeace-und-paula-auf-dem-kirchentag/> .

<sup>42</sup> Altvater, a. a. O., S. 53f.

<sup>43</sup> <https://www.campact.de/saatgutvielfalt/appell/teilnehmen/> .

Gemeinsam mit DGB, ver.di und Umweltverbänden läuft über campact eine weitere Offensive gegen die europaweit drohende Privatisierung und Kommerzialisierung von Wasser. „Unser Wasser ist keine Ware“ lautet der Titel der sozialökologischen Initiative:

„Kommt unser Wasser bald von privaten Konzernen? Darüber wird zurzeit in Brüssel diskutiert. Eine neue EU-Richtlinie soll in Zukunft Städte und Kommunen unter bestimmten Bedingungen dazu zwingen, ihre Wasserversorgung europaweit auszuschreiben. Ein Einfallstor für internationale Wasserkonzerne, die auf hohe Renditen hoffen. Die fatalen Folgen privatisierter Wasserversorgung zeigen Beispiele aus vielen Metropolen: Der Preis explodiert, die Qualität sinkt.“ [...] „Jeder Mensch hat Anspruch auf sauberes Wasser. Die Bereitstellung von Trinkwasser gehört in den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge: Darunter wird die staatliche Aufgabe verstanden, die für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Leistungen bereitzustellen. In Deutschland spiegelt sich das in einer kommunal verankerten Struktur der Wasserversorgung wieder: Über 6.000 Betriebe und Unternehmen sind im Bereich der Wasserversorgung tätig. Die Mehrzahl davon sind kleine kommunale Eigenbetriebe.“<sup>44</sup>

## VII.7. Cross-Border-Leasing

Die Privatisierung des öffentlichen Kanalnetzes durch ein „Cross-Border-Leasing“ zwischen der Stadt Bochum und der Tochtergesellschaft eines großen amerikanischen Finanzunternehmens, unter Beteiligung eines großen US-Versicherungskonzerns, hat seinerzeit Schlagzeilen gemacht. Die genauen Inhalte des Vertrages wurden der Öffentlichkeit vorenthalten.<sup>45</sup> Zur Erinnerung:

„In Bochum wurde vom rot-grünen Rat ein Vertrag über das Kanalisationsnetz angestrengt. Die Bemühungen einer Initiative, die von Attac Bochum und Bochumer Mieterverein unterstützt wurden, führten im Frühjahr 2003 zu 15.000 Unterschriften der Bochumer Bürger. Als der amerikanische Vertragspartner zögerte, wurde von Ottilie Scholz, zu diesem Zeitpunkt Kämmerin der Stadt Bochum, ein anderer Partner gesucht und gefunden, um das Argument des Zeitdruckes aufrechterhalten zu können und einen Bürgerentscheid zu vermeiden. Vertragspartner ist angeblich die *First Fidelity International*, ein Ableger der Wachovia Corporation, North Carolina, USA. Das Vertragswerk umfasst angeblich 1.700 Seiten. Der Gerichtsstand sei New York. Das Volumen ist 500 Mio Euro. Der Bochumer Stadtrat befasst sich mit dem Thema zumeist nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Am 19. Dezember 2008 berichtete der WDR von einem ‚Schlamassel‘ für die Stadt Bochum. Der Vertrag musste mit einem Kredit von 90 Millionen € abgesichert werden, weil die Bonität des amerikanischen Versicherungskonzerns AIG herabgestuft worden war. Bei Versäumnis wäre eine Strafe von 360 Millionen Euro fällig geworden. Die Entscheidungsträger räumten ein, den Vertrag nicht im Original gelesen zu haben. 2009 stieg man aus dem Vertrag aus, doch verblieben Verbindlichkeiten.“ (Wikipedia)<sup>46</sup>

## VII.8. Öffentlicher Raum und Shopping Malls

<sup>44</sup> <https://www.campact.de/wasser/appell/teilnehmen/> .

<sup>45</sup> Zur Geheimhaltung von „Public-Private-Partnership“-Verträgen vgl. auch die Studie von Rügemer (a. a. O.).

<sup>46</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Cross-Border-Leasing> .

Öffentliche Gebäude werden überbaut und öffentliche Plätze werden überdacht. Denn überall entstehen Shopping Malls: Einkaufszentren oder „City-Center“, in denen überall die gleichen Handelsketten zu finden sind und infolgedessen überall die gleichen Warenpaletten präsentiert werden. Die Vielfalt der wesentlich finanzschwächeren kleinen Geschäfte wird verdrängt, und Teile der Innenstädte weisen bald spürbare Leerstände auf. Der einst öffentliche Raum wurde durch diese Shopping Malls privatisiert und kommerzialisiert, das jeweilige Center-Management hat das Hausrecht und verfügt über private Wachdienste. Grünanlagen sind dann verschwunden, Aufenthaltsmöglichkeiten ohne Konsum für Rentner, Schüler, Familien usw. sind minimiert, Angehörige nicht gelittener ‚Randgruppen‘ können entfernt werden, politische Kundgebungen sind in dem privatrechtlich organisierten Raum ebenfalls nicht mehr möglich. Betreiber der meisten dieser Einkaufszentren in der Bundesrepublik ist der europaweite Marktführer ECE Projektmanagement, ein in Hamburg ansässiges Immobilienunternehmen des Otto-Konzerns.<sup>47</sup> Der Boom der City-Center ist noch längst nicht vorbei: In der Innenstadt von Hagen entsteht neben der Shopping Mall gleich eine zweite, in Wuppertal-Elberfeld sind sogar drei neue Shopping Malls in Planung. In Bochum, wo ebenfalls Teile des innenstädtischen Raums privatisiert wurden (z. B. der Husemannplatz), soll dort ebenfalls eine Mall gebaut werden. Gelingt den Investoren die Privatisierung des innerstädtischen Raums, oder können Bürgerinnen und Bürger dort ihre nichtkommerzielle Bewegungsfreiheit bewahren? Die nächste Zukunft wird es zeigen.

### **VIII. Zum Schluss noch eine Frage**

Zum Schluss noch eine Frage: In welchem radikalen Programm steht wohl dieser Satz?

„Für die Allgemeinheit lebenswichtige Produktionsmittel, Großbanken und Versicherungsunternehmungen können in Gemeineigentum übergeführt werden, wenn die Rücksicht auf die Gesamtheit es erfordert.“

Nein, nein – falsch geraten: das steht in der gültigen Landesverfassung des Freistaates Bayern (in Artikel 160, Absatz 2). Man wird sehr ähnliche Aussagen auch in der hessischen und der nordrhein-westfälischen Landesverfassung und im Grundgesetz der Bundesrepublik finden. Vielleicht ein Grund oder Anlass, auch hierzulande einmal in dezidiert praktischer Absicht darüber nachzudenken. A desalambrar!

---

<sup>47</sup> Informationen aus der Fernsehsendung ARD plusminus vom 23.01.2013.